

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der Bürgermeister und der Kämmerer haben wieder keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, aber das Defizit ist im Vergleich zum Jahresabschluss 2015 deutlich gesunken. Gestiegene Einnahmen im Bereich der Gewerbesteuer und die wirksame Unterstützung der Landesregierung sorgen für eine günstigere Lage als in der Finanzplanung des letzten Jahres. Allerdings wird die kritische Grenze des Defizits von 5% der allgemeinen Rücklage nur durch Grundstücksverkäufe unterschritten. Hier handelt es sich nicht um Notverkäufe, sondern um Förderung städtebaulicher Entwicklungen und des Wohnungsbaus im Bereich des Bebauungsplans am Friedhof Süd und in Brühl-Ost. Neue Aufgaben im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen führen zu höheren Personal- oder Transferausgaben bei der Feuerwehr und der Kindertagesbetreuung.

Trotz sparsamer und vorausschauender Politik des Bürgermeisters und der im letzten Jahr beschlossenen Steuer- und Gebührenerhöhungen klafft ein strukturelles Defizit in Höhe von 7 bis 8 Millionen €, das sich erst in der Finanzplanung 2019 teilweise vermindert. Dies führt zur weiteren Aufzehrung der allgemeinen Rücklage. Am 1.1.2017 unterschreiten wir erstmals die Grenze von 100 Millionen €, in den Folgejahren, besonders in 2018, setzt sich dies fort.

Die Landesregierung hat viel für die Verbesserung der kommunalen Finanzen getan. So erhielt der Rhein-Erft-Kreis im vergangenen Jahr 13,5 Mio. € mehr als veranschlagt. Diese Mittel hat er zunächst behalten. Nicht zuletzt auf Druck der SPD-Fraktion im Kreis wird endlich die Umlage in 2017 gesenkt, was auch den Brühler Haushalt um 1 Million € entlastet. Mittel des Landes und Umlagen der Kommunen sind nicht dazu da, dass der Kreis Finanzreserven ansammelt! Auch der von der Bundesregierung erhöhte Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird mit 600.000 € wirksam.

Trotz finanzieller Grenzen und Defizite müssen wir unsere Stadt weiter entwickeln: der zweigleisige Ausbau der Linie 18, die Sanierung von Brühl-Mitte, die Neugestaltung des Janshofs im Zusammenhang mit dem Rathausneubau kommen voran. Die Beteiligung der Bürger in Form einer Planungswerkstatt entspricht unserem vor mehreren Jahren gestellten Anträgen. Die überflüssige Erneuerung und Pflasterung der Carl-Schurz-Straße ist nach mehrfachen Anträgen unserer Fraktion zurückgenommen worden. Wohl auch deshalb, weil Asphalt die Stadtbusse besser verträgt als ein rosa gefärbtes Pflaster.

Nach 15 jährigem Stillstand beginnt im Gewerbegebiet Brühl-Ost eine dynamische Entwicklung! Was dem privaten Grundstücksmakler nicht gelingen wollte, hat nun die

Abteilung Liegenschaften in Gang gebracht: endlich können sich Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe dort ansiedeln. Auch der Wohnungsbau kommt voran, jetzt auch mit Geschosswohnungen und sozialem Wohnungsbau – Bereiche, in denen sich jahrelang nichts getan hat. Hier hat sich die Stadt mit eigenen Grundstücken beteiligt und nimmt dabei auch ihre Gestaltungsmöglichkeiten wahr.

Neben den eigenen Investitionen in Gebäude und Ausstattung von Schulen unterstützt die Landesregierung über das Programm „Gute Schule“ weitere Maßnahmen mit einem Betrag von rund 755.000 €. Wie im Schulausschuss beschlossen, sollen nach den Wünschen der Schulen und den Vergabekriterien des Programms Projekte zusammengestellt werden, dazu gehört zum Beispiel die Verbesserung der Internetzugänge. Wir begrüßen die Zusage des Kämmers, diese Mittel in einer gesonderten Einnahme- und Ausgabeposition zu kennzeichnen, damit sie nicht als „Mitnahmeeffekt“ im Haushalt verschwinden.

Volks- und Bürgerentscheide brachten in letzter Zeit oft Ergebnisse, die keine Klärung, sondern neue Schwierigkeiten zur Folge haben. So in Brühl, Bornheim und mehreren Ländern Europas. Bleiben wir in Brühl: der Ratsbürgerentscheid zeigte ein deutliches Signal der Ablehnung von Variante 3, ließ aber im Ergebnis die Entscheidung beim Rat. Leider wurde unser Antrag abgelehnt, entsprechend dem Vorschlag des Bürgermeisters eine Alternative für eine moderne und großzügige Unterbringung der Bücherei zu prüfen. Der in den nächsten Jahren frei werdende Schulraum bietet sich hierfür an.

Unabhängig davon stehen wir zu einem Neubau des Rathauses, das barrierefrei ist, allen Dienststellen und dem Servicezentrum ausreichend Raum bietet und die Anforderungen des Brandschutzes und der Energieeinsparung erfüllt. Im Finanzplan bis 2020 wird deutlich, dass sowohl die neue Feuerwehr wie auch der Neubau des Rathauses finanzierbar sind. Anders lautende Behauptungen auch von Ratsmitgliedern sind also falsch!

Auf unsere Initiative haben wir Qualitätsstandards für die Offenen Ganztagschulen beschlossen sowie eine bessere finanzielle Ausstattung mit dem Ziel einer tariflichen Bezahlung der Mitarbeiter. In diesem letzten Punkt sind in den kommenden Jahren weitere Verbesserungen notwendig.

Der Bau zweier Kindertagesstätten in Brühl-Ost und im Neubaugebiet am Südfriedhof in freier Trägerschaft belastet den Haushalt durch Baukosten und Betriebskostenzuschüsse. Die Ausgaben sind durch gesetzliche Verpflichtungen festgelegt und tragen dem Zuzug junger Familien sowie dem steigenden Bedarf an U-3-Betreuung Rechnung.

Leider gibt es in Land und Bund immer wieder neue Beschlüsse, die finanzielle Lasten für die Kommunen haben:

- So werden Lernbegleiter im Rahmen der Inklusion nicht vom Land, sondern aus unserem Jugendetat bezahlt.
- Auch die jüngst beschlossene Erweiterung des UVG belastet den kommunalen Haushalt mit höherem Verwaltungsaufwand und leider auch einer größeren Zahl von niedergeschlagenen Forderungen.

Einen pauschalen Einschnitt in die Personalkosten wie von der FDP vorgeschlagen halten wir angesichts der Fülle von Pflichtaufgaben und gesetzlichen Bindungen für undurchführbar. Unterschwellig steckt darin auch der Vorwurf, die Verwaltung würde nicht effektiv arbeiten. Das möchte ich entschieden zurückweisen und nur an die 200.000 € teuren nicht umsetzbaren Vorschläge eines Effizienzgutachtens von vor 10 Jahren erinnern. Der Antrag auf pauschale Personalkürzung wurde dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein Konzept zur integrierten Nutzung frei werdenden Schulraums soll die Verwaltung auf unseren Antrag hin erarbeiten, so die Zusage des Bürgermeisters. Wenn dies zunächst in Eigenleistung geschieht, umso besser! Leider wurde die Bereitstellung von Mitteln hierfür von der Mehrheit abgelehnt. Hier soll sich auch zeigen, ob nicht doch in vorhandenen Gebäuden Platz für die Stadtbücherei zu finden ist. Teure Neubauten dürfen nicht erstellt werden, wenn an anderer Stelle große Gebäudeteile ungenutzt bleiben. Auf diese Problematik hat auch die Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem Gutachten zur überörtlichen Prüfung hingewiesen.

In den Haushaltsberatungen konnten wir zwei Anträgen für notwendige Maßnahmen zustimmen: Sanierung des Gehwegs an der Ecke Kölnstraße/Comesstraße und die Erhöhung der Mittel für Straßenreinigung und Grünpflege – beides dringend notwendig, das letztere ist eine Korrektur der verfehlten „Optimierungsmaßnahmen“ im Stadtservicebetrieb in den vergangenen Ratsperioden.

Die von den Grünen vorgeschlagene Aufblähung der Einnahmeseite durch schlichte „Erwartung“ von Mehreinnahmen in Höhe von 1 Million € halten wir für fahrlässig! Bürgermeister und Kämmerer sind zu einer vorsichtigen Finanzplanung verpflichtet.

Insgesamt enthält der Haushalt Bausteine, die unsere Zustimmung finden und auf unsere Anträge zurückgehen: dazu zählt die Erhöhung der Mittel für die OGS, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu tariflicher Bezahlung der Mitarbeiter bei allen Trägern und zu zufriedenstellender Qualität.

Aber es gibt andere Teile, die von der Ratsmehrheit gegen unsere Stimmen und ohne Bereitschaft zu Kompromissen durchgesetzt wurden. Die Mittel für 2017 und die Finanzplanung für die weiteren Jahre sind durch Mehrheitsbeschluss für die Variante 3 des Rathauses festgelegt – entgegen der Vorlage des Bürgermeisters und unseren entsprechenden Anträgen zu Prüfung von Alternativen für die Stadtbücherei.

Hinzu kommen Ausgaben für „Luxusartikel“, die zwar nett, interessant, aber nicht notwendig sind, wie die fünfstelligen Ausgaben für eine „bespielbare und essbare Stadt“. Das in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund entwickelte Konzept nach dem Vorbild der Stadt Griesheim sollte weniger als 10.000 € kosten! Ein Potpourri neuer Geräte für Modisportarten im öffentlichen Raum ist überflüssig und darf nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

Trotz guter personeller Ausstattung unseres Mobilitätsbeauftragten sollen noch 20.000 € für einen Fahrrad-Masterplan hinzu kommen, obwohl wir schon ein preisgekröntes Wegenetz haben. Solche Ausgaben müssen den Bürgern als Provokation erscheinen, wenn gleichzeitig den ehrenamtlichen Dorfgemeinschaften die Mittel für Weihnachtsbäume gestrichen wurden! Die von der CDU und den Grünen „draufgesattelten“ Ausgaben für die „spielbare und besitzbare“ und vielleicht noch die „essba-

re“ Stadt, und diverse Gutachten im Verkehrsbereich summieren sich auf über 100.000 € und sind angesichts der angespannten Haushaltslage nicht zu vertreten. Gleichzeitig wurden unsere Anträge auf ein Nutzungskonzept frei werdender Gebäude und gegen den Wegfall von Stellen für die städtischen Reinigungskräfte abgelehnt.

Aus diesen Gründen hat sich die SPD-Fraktion entschieden, den Haushalt abzulehnen.

Abschließend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei und im Ratsbüro, für die stets kompetente Vorbereitung unserer Beratungen sowie die Dienstleistungen für die Brühler Bürgerinnen und Bürger. Ausdrücklich möchte ich der Verwaltung und den vielen ehrenamtlichen Kräften für ihre Arbeit bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge danken. Auch den Ratskolleginnen und Ratskollegen danke ich für die zwar kontroversen aber sehr sachlichen Beratungen.

Dr. Matthias Petran
(Fraktionsvorsitzender)